241 S.Afr. Jag/le

Bern, 2.7.1984

AKTENNOTIZ

Kapitalexport: Vorsprache des südafrikanischen Botschafters Louis Vorster

Der südafrikanische Botschafter in Bern wurde am 29. Juni 1984 vom Unterzeichneten empfangen. Er brachte als einziges Anliegen die schweizerische Kapitalexportpolitik gegenüber seinem Lande zur Sprache und plädierte für eine Aufhebung der Beschränkung bewilligungspflichtiger Kapitalexporte nach Südafrika. Diese Begrenzung sei für sein Land deshalb besonders stossend, weil es als einziges von einer solch diskriminatorischen Massnahme betroffen werde. Soweit die Agitation der UNO und die verschiedenen UNO-Resolutionen gegen wirtschaftliche Beziehungen zu Südafrika mit dieser Massnahme etwas zu tun hätten, brauche sich die Schweiz als Nicht-Mitglied dieser Organisation davon ja nicht beeindrucken zu lassen. Botschafter Vorster stellte seine Vorsprache im übrigen in direkten Zusammenhang mit dem kürzlichen Gespräch von Premier Minister Botha mit Bundespräsident Schlumpf. Sein Premier Minister habe dieses südafrikanische Anliegen vorgebracht, wobei vereinbart worden sei, dass die Angelegenheit auf Botschaftsebene aufgenommen werden sollte.

Der Unterzeichnete stellte fest, dass eine Aufhebung der gegenüber Südafrika befolgten Begrenzung bewilligungspflichtiger Kapitalexporte zur Zeit nicht erwogen werde. Diese verfolge den Zweck, diese Kapitalexporte auf dem Niveau des herkömmlichen Kapitalflusses ("courant normal") zu halten, um zu verhindern, dass der schweizerische Kapitalmarkt als Ausweichsquelle benutzt werde, wenn südafrikanische Anleihen auf anderen Kapitalmärkten aus politischen oder anderen Gründen weniger gut plaziert werden könnten. Es gehe darum, unnötige politische Pressionen von aussen, aber auch im Innern des Landes zu vermeiden. Nach aussen vereinfache die Nicht-Mitgliedschaft bei der UNO die Stellung der Schweiz keineswegs, da sie darauf achten müsse, nicht in den Ruf zu geraten, daraus wirtschaftlichen Profit zu ziehen. Die kürzliche Debatte in der ILO habe gezeigt, dass die Schweiz international immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik gerate. Im Innern dürfte eine Aufhebung des Plafonds zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika führen, was nicht im Interesse unserer beiden Länder liege. Im übrigen dürften die verschiedenen Geschäfte, die dem "courant normal" nicht angerechnet würden, Südafrika doch einen recht grossen Spielraum offenlassen.

Botschafter Vorster stellte abschliessend fest, es sei sicher nicht der richtige Zeitpunkt, dieses Problem in der Oeffentlich-keit zu diskutieren. Premier Minister Vorster selber habe bewusst darauf verzichtet, dieses Anliegen öffentlich zu erwähnen. Er hoffe jedoch, dass unser Land die gegenüber Südafrika getroffene Regelung flexibel anwende.

Franz Blankart Botschafter